



Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Moritz Kracht
Pressesprecher

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-11
Fax 0211. 49 70 9-35

kracht@fdp.de
www.fdp-nrw.de

Medien-Information der FDP-NRW

Dienstag, 01. März 2011

Piltz: Panikmache bei Vorratsdaten- speicherung ist unredlich und unbegründet

Zu Äußerungen des nordrhein-westfälischen Innenministers Ralf Jäger (SPD) zur Vorratsdatenspeicherung erklärt die stellvertretende Landesvorsitzende der FDP in Nordrhein-Westfalen Gisela Piltz MdB:

„Es ist unredlich, wenn Innenminister Jäger die Bevölkerung mit Panikmache in Angst und Schrecken versetzen will, um auf diesem Wege die Totalerfassung der Kommunikationsdaten neu zu organisieren. Es ist nicht die Aufgabe des nordrhein-westfälischen Innenministers, eine Kampagne gegen Bürgerrechte zu führen, die das Bundesverfassungsgericht den Bürgern mit dem Urteil zur Vorratsdatenspeicherung zurückgegeben hat.

Die FDP in Nordrhein-Westfalen erwartet von der Landesregierung verhältnismäßige Vorschläge, um Verbrechen mit intelligenten Maßnahmen zu bekämpfen und zugleich die Freiheit der unbescholtenen Bürgerinnen und Bürger zu wahren. Die FDP und auch die Bundesjustizministerin haben sich bereits für ein Einfrieren von Verbindungsdaten im Verdachtsfall statt der verdachtslosen Speicherung des Kommunikationsverhaltens aller Bürgerinnen und Bürger für sechs Monate ausgesprochen.

Verbrechensbekämpfung lässt sich nicht darauf reduzieren, riesige Datenmengen anzulegen. Offizielle Statistiken des BKA belegen, dass die Vorratsdatenspeicherung nicht dazu geführt hat, dass sich die Aufklärungsquoten in Bezug auf Internetkriminalität und allgemeine Kriminalität erhöht haben.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Vorratsdatenspeicherung in seiner Entscheidung vom März 2010 gekippt. Auf europäischer Ebene steht die Richtlinie auf dem Prüfstand. Sechs EU-Staaten sowie die USA und Kanada verzichten auf eine Vorratsdatenspeicherung. Niemand käme ernsthaft auf die Idee, bei irgendeinem dieser Länder zu behaupten, diese wollten Verbrecher schützen oder Straftaten nicht verfolgen.“